



HAUSHALTSREDE 2017

Ulrich Monegel

Haushaltsrede Ulrich Monegel, CDU-Fraktion am 08.12.2016

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

ein Fazit der nun abgeschlossenen Etatberatungen und der Finanzlage der Stadt Dortmund muss – kaum überraschend – einmal mehr zwiespältig ausfallen.

Der Haushaltsplanentwurf wies bei Einbringung im September ein Defizit von 54,5 Mio € aus, wir stehen jetzt bei einem Defizit von 67,2 Mio € - somit nur noch mit einem denkbar knappen Abstand vor der Schwelle der ominösen 5 %.

Ursächlich für diese Verschlechterung gegenüber der ursprünglichen Kalkulation ist nicht die örtliche Politik, die Etatberatungen der Fraktionen waren einmal mehr sehr diszipliniert und haben eine Verschlechterung von lediglich 375.000 € „produziert“.

Vielmehr muss bei realistischer, nüchterner Betrachtung eingeräumt und eingepreist werden: Die kritisierte Umlageerhöhung des LWL wird sich nicht in dem erwarteten Umfang herunterhandeln lassen und von der zu Recht beanspruchten Durchleitung der Bundesintegrationsmittel durch das Land NW werden wir hier nichts sehen.

Somit sind auch die aktuellen Abschlusszahlen des Haushaltsplans 2017 eher noch vorläufig und mit Risiken versehen.

Es bleibt dabei:

Auch wenn sich mit der Zunahme der Steuereinnahmen, der Schlüsselzuweisungen, der stark gestiegenen Bundeshilfen (z.B. KdU) und der historisch niedrigen Zinsen die Rahmenbedingungen insgesamt positiv entwickelt haben, ist kein Ende der Finanzkrise unserer Stadt absehbar.

Und es ist nicht so sehr die Einnahmeseite unseres Haushalts – die ordentlichen Erträge steigen im Vgl. zum Jahresabschluss 2015 im kommenden Jahr um immerhin 254 Mio €

Wir haben vielmehr ein dramatisches Ausgabeproblem. Die ordentlichen Aufwendungen steigen im gleichen Zeitraum um 263 Mio €, allein von 2016 auf 2017 um wieder 108 Mio €

Bei anhaltender finanzieller Unterausstattung - insbesondere der Städte im Strukturwandel - durch Bund und Land klettern die Sozialausgaben ungebremst weiter. Nach wie vor wird das Konnexitätsprinzip missachtet, immer neue Leistungsgesetze kommen Jahr für Jahr dazu, in den sozialpolitischen „Warenkorb“.

Gezahlt wird dann später an der Kasse, und die steht bekanntlich in den Kommunen.

Auf dieser Ebene und hier in Dortmund müssen sozialpolitische Neuerungen oder Handlungsnotwendigkeiten bewältigt und bezahlt werden. Und so fehlen finanzielle Mittel von Bund und Land für moderne Stadtentwicklung, dann für die ausreichende Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme und – integration, bei der Inklusion, bei den

Eingliederungshilfen oder in anderen Sektoren sozialer Transferleistungen. Dieser Mechanismus scheint aus Sicht der kommunalen Ebene kaum umsteuerbar zu sein.

Und so steigt die Verschuldung unserer Stadt im Kernhaushalt und in den Eigenbetrieben auf rd. 2,65 Mrd. €, davon sind mittlerweile 1,61 Mrd. € Liquiditäts- und Kassenkredite, dienen somit also der Finanzierung des laufenden Aufwands.

Die Verschuldung unserer Stadt steigt jährlich um einen Betrag zwischen 60 und 100 Mio € (konsumtive und investive Kredite).

Die jeweils mehr oder weniger knappe Unterschreitung der 5 %-Grenze bedeutet in der Konsequenz nichts weniger als ständige Neuverschuldung und weiterer Verzehr des Eigenkapitals.

Und es gibt nirgends, auf keiner politischen Ebene einen ernsthaften Plan, wie die laufende Neuverschuldung gestoppt werden könnte; und es gibt keinen ernsthaften Plan, wie der aufgelaufene Schuldenberg abgebaut werden könnte.

Die Stadt Dortmund wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, diese Schuldenspirale zu stoppen, betrachten wir dabei auch das vllt bald schon schlagend werdende Zinsänderungs-Risiko, das Risiko anziehender Inflation und die absehbar eher abnehmende wirtschaftliche Fähigkeit unserer städtischen Unternehmen und Beteiligungen, mit namhaften Ausschüttungen in nächsten Jahren Beiträge zur finanziellen Konsolidierung zu leisten.

Mit dieser nüchternen Diagnose ist zugleich auch ein klares Signal an uns, die Politik, an die Verwaltung, aber auch an die Bürgerschaft formuliert:

Es gibt jetzt und absehbar in den nächsten Jahren keine Spielräume für überspannte Erwartungen an ein Mehr in der städtischen Ausgabenpolitik, für Wunschlisten, Leuchtturm-Projekte und Leistungsausweitungen. Allein der Erhalt des Status Quo ist in vielen Sektoren städtischen Handelns und städtischer Angebote bereits Herausforderung genug und seit Jahren eben schon nur „auf Pump“ zu finanzieren.

Es ist da schon skurril und kann nur Kopfschütteln auslösen, wenn in den Etatberatungen die Linken zum wiederholten Mal die Forderung aufstellen, neben der sozial rabattierten Versorgung Dortmunder Bürger – über die ja Konsens besteht – nun auch sozial bedürftigen Bürgern aus Umlandgemeinden kostengünstigere Angebote städtischer Leistungen zu bescheren.

Nein, es gibt keine Alternative dazu, bisherige Konsolidierungsanstrengungen zu verstetigen. Und wenn der „Zukunftspakt für Dortmund“, das sog. Memorandum Wirkung zeigen und in Tritt kommen soll, werden wir das auch noch intensivieren müssen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die CDU-Fraktion hat in ihren Haushaltsberatungen neben der Soll-ebene auch die Haben-Seite der Veranstaltung betrachtet und hat sich bei dem Entschluss, auch den sicher zu keiner Euphorie Anlass gebenden Etat 2017 mitzutragen, von folgenden Gedanken leiten lassen:

- Eine Reihe der oben aufgeführten Parameter können wir auf der kommunalen Ebene, am „Ende der Nahrungskette“ wenig bis gar nicht beeinflussen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung verantwortungsbewusster Kommunalpolitik, bei den krisenhaften Entwicklungen in der Welt, in Europa, einer absehbar weiteren Verschärfung und Polarisierung innenpolitischer Diskussion und Gegensätze – nicht zuletzt in einem Jahr mit zwei Wahlkämpfen – für das Maß an Berechenbarkeit, Stabilität und Verlässlichkeit im Verhältnis von Stadt und Bürgerschaft zu sorgen, wie wir das im Zusammenwirken von Politik und Verwaltung im Rahmen unserer Verantwortung und Zuständigkeit nur eben können.
- Zum wiederholten Male können wir es schaffen, einen voraussichtlich genehmigungsfähigen Haushalt zu verabschieden, ohne millionenschwere „Stärkungspakt-Mittel“ wie andere und bislang ohne gravierende Eingriffe der Aufsichtsbehörde. Wir sind insoweit uneingeschränkt handlungsfähig, können weitgehend selbständig agieren, investieren, Personal einstellen, freiwillige Leistungen bereithalten und eben: Politik machen, unsere Stadt entwickeln, gestalten, nicht nur verwalten.

- Der Etat 2017 zeigt mit über 200 Mio € einen historischen Höchststand bei den Investitionen. Das wird bei den Bürgern unmittelbar ankommen, zu sehen sein: Beim Straßen- und Kanalbau, bei den Beschaffungen und beim Hochbau.
- Das Spektrum an Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten bleibt auf hohem Niveau erhalten, wird sogar modernisiert und stellenweise ausgebaut. In Zeiten, wo andere Großstädte Sparten oder ganze Häuser schließen, können wir in Dortmund weiter Sportstätten bauen, Schulen modernisieren und Museen, den Zoo und das Theater baulich auf Stand bringen.
- Und das alles zum wiederholten Male ohne Steuererhöhungen und weitere Belastungen der Dortmunder Bürger!
- Was wäre gewonnen, so die Frage an die Fraktionen, die wieder einmal nicht mitmachen, auf dem Karren 2017 wieder fröhlich mitfahren werden, ihn im Dezember aber wieder nicht mit anschieben wollen? Wie wollen Sie, wie wollen wir gemeinsam 2017 Politik machen, ohne beschlossenen Haushalt? Nein, Sie wollen nicht wirklich nach Hause gehen, die Verwaltung ihr Pflichtprogramm abspulen lassen – für „Kür“ bleibt dann ja kein Spielraum mehr – und dem RP die Festsetzung unserer Steuersätze und die Einzelfall-Genehmigung jeder Investition überlassen. Das wollen Sie sicher nicht. Aber Verantwortung zu übernehmen, das delegieren Sie erneut an die großen Fraktionen. Ist so ja auch deutlich bequemer!

In diesem Kontext noch mal ein paar Fragen an die Fraktion B90/Die Grünen:

Sie haben ja nun schon mehrfach – kürzlich noch in der Presse – erklärt, dass Sie diesen Haushaltsplan wieder mal nicht mittragen können. Ihnen ist dabei aber schon klar, dass Sie und Ihre „Farben“ im Verwaltungsvorstand vertreten sind und ein sich „ausklinken“ schon noch deutlich besser erklärt werden muss?

- Damit das zwischen uns klar ist: In dem von Frau Schneckenburger vertretenen Dezernat 4 stecken mit 510 Mio € rd. 20 % der Gesamtaufwendungen des Etats 2017. Enthalten u.a.: 24 aktuelle Schulbau-Projekte mit einem Investitions-Volumen von 138 Mio €, der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die Jugendbetreuung und vieles mehr. Dazu kommen die Ihnen sicher auch wichtigen Kosten der Flüchtlingsbetreuung. Vieles mehr könnte ich nennen. Das alles also tragen Sie politisch so nicht mit im kommenden Jahr? Nur, dass wir's wissen ...
- Und dann Ihre Etat-Anträge – einiges bedenkenswert dabei, ohne Frage!
Aber: Ohne jegliche fachpolitische Diskussion zuvor in den Ausschüssen so eine Serie von Vorschlägen und Anträgen, die – und das bei Haushaltsberatungen(!) – ohne „Preisangabe“, ohne jeglichen Hinweis auf den geforderten Aufwand?

Das kann nicht Ihr Ernst sein! Die Brücken, die Ihnen andere Fraktionen bauen wollten (zunächst fachliche Beratung in den dafür zuständigen Ausschüssen), die sind Sie nicht gegangen. Da hätten Sie für ihre Projekte werben, Duftmarken setzen und vllt. sogar Mehrheiten organisieren können.

Stattdessen verlangen Sie ausgerechnet dem Finanz-Ausschuss ab, fachlich z.T. noch nicht besprochene Vorhaben abzusegnen mit dem Bemerkten: „Entsprechende Mittel sind bereitzustellen ...“?

Was bitte soll denn wohl ein Mitarbeiter der Kämmerei in den Haushalt schreiben und in Arnsberg begründen, wenn nicht mal Sie selbst eine auch nur annähernde Vorstellung davon haben, was Sie wollen und was Ihre Projekte so kosten?

- Und dann noch zu Herrn Langhorst, dem Landtagskandidaten „auf dem Kriegspfad“ mit dem Thema „Behinderten-Fahrdienst“ ... Sie suggerieren in Ihrer Presserklärung, dies Thema und die im Memorandum bis auf Weiteres „geparkten“ 600.000 € potentiellen Einspar-Volumens (bei Nicht-Realisierung somit zu kompensieren) sei entscheidend für Ihr „Nein“ zum Etat.

600.000 € von 2,6 Mrd. € also ausschlaggebend? Soviel zum Maßstab !

Sie wissen genau: 2017 ist das Thema überhaupt nicht haushaltsrelevant.

Nahezu alle Fraktionen – auch die CDU -haben erklärt, dass es um Qualitäts-Reduzierungen zunächst gar nicht geht!

Aber: Was ist so falsch daran, in einer Stadt mit unserer Verschuldung und unseren Finanzproblemen, mal genauer

hinzusehen, wie dies Angebot in anderen Städten vergleichbarer Größenordnung funktioniert und organisiert ist, wie deren spezifische Kosten / Fahrt, Nutzerstruktur, Auslastung und Abrechnungsmodalitäten sind? Und warum – außer aus historischen Gründen, fährt eigentlich die DEW21? Wenn mein Wasserhahn tropft rufe ich ja auch nicht die DOKOM an. Geht das – bei ggf. gleicher Qualität ggf. auch günstiger? Warum finden es alle normal, dass die Straßenbeleuchtung in DO – Kernkompetenz der DEW - ausgeschrieben wird, in Dortmund aber der Energieversorger soziale Dienstleistungen dieser Art erbringt. Und das soll am besten auf ewige Zeiten so bleiben?

Wir jedenfalls wollen diese apodiktische Aussage in der Beschlussvorlage: „Ohne Qualitätsverluste ist dies nicht günstiger zu machen ...“ durch vergleichende Untersuchungen erst nachvollziehbar belegt haben.

Um nichts mehr geht's im Moment. (ggf. Hinweis an FDP/BL in S. Zeitpunkt des Antrags, zunächst Faktenbasis zusammentragen):

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der Bündnis-Grünen: Eine seltsam diffuse, fast schon konfuse Vorstellung von Ihnen in den diesjährigen Haushaltsberatungen ... Vielleicht, sehr geehrte Frau Schneckenburger, reden Sie Ihrer Fraktion gelegentlich mal gut zu. Dann verliert sich diese offenkundige, momentane Formschwäche vielleicht ja noch?

Zur FDP/BL:

Sehr geehrter Herr Rettstadt, Ihren Antrag zur linearen 2 %-Kürzung des Gesamt-Budgets und zur Einstampfung des Memorandum-Prozesses (auch wir wünschen uns da mehr Effizienz und Dynamik!) wollen wir nicht unterstützen.

Lineare Kürzungen kommen als ultima ratio – wenn's schlecht laufen sollte – ohnehin vllt. im Zuge der unterjährigen Etat-Bewirtschaftung. Bis auf weiteres setzen wir auf intelligentere Ansätze der Etat-Konsolidierung, auf Diskussions-Prozesse, die nicht nur quantitativ wirken, ein paar Euro zusammen kratzen: Wir wollen auch „in die Ecken“ schauen und Abläufe, Prozesse durchleuchten, transparenter machen in der Hoffnung & Erwartung, dass die Verwaltung dadurch nicht nur stellenweise kostengünstiger sondern auch in ausgewählten Schritten und Bereichen qualitativ besser wird. (Bsp.: Untersuchung Anmietung Stellplätze, Struktur/Orga/Benchmark Behindertenfahrdienst, Kooperation mit städt. Beteiligungen etc.). Wir wollen nachhaltige Konsolidierung. Wir müssen weg von kurzfristig wirkenden „Feuerwehr“-Aktionen!

Und dann meldet sich Mittwoch Abend auch noch die AfD:

AfD – „**Alles für Donnerstag**“ – schiebt sie uns zum Rat noch ein paar Anträge nach. Nicht mal bis zum Nikolaus-Abend haben Sie's geschafft mit Ihren paar (4) Anträgen: 3 davon abgeschrieben aus dem Vorjahr, einer dann noch, Herr Garbe, abgeschrieben ausgerechnet von Ihrem besten Freund, Herrn Rettstadt.

Da machen Sie dann aus 2 % linearer Etat-Kürzung 3 %. Das ist die Bilanz Ihrer Beiträge zur Etat-Debatte von September bis heute ...

- Etat-Sitzung AFBL am 24.11. (Einbringung Anträge): AfD? Fehlanzeige!
- Etat-Sitzung AFBL am 01.12. (Etat-Verabschiedung) AfD? Fehlanzeige!

Nicht dass uns Ihre Beiträge bis dahin gefehlt hätten, Herr Garbe. Aber: Sie sitzen in der entscheidenden Etat-Sitzung des Finanzausschusses dabei, bringen keinen Antrag, keinen Beitrag, sagen nichts, und dann gestern Abend dieses aufgewärmte Zeugs ...

Und dann berichten Sie auch noch ganz stolz, dass Sie die Ihnen zur Verfügung gestellten Fraktionsmittel nicht vollständig verausgabt haben. Ja, aber wen wundert das denn wirklich? Sie machen und bewegen ja auch nichts!

Die Alternative für Deutschland wollen Sie sein?

Die Alternative für Düsseldorf sind Sie im Mai 2017 sicher nicht.

Die Alternative für Dortmund, so wie Sie sich hier seit fast drei Jahren zeigen?

Vielleicht reicht's ja für Delmenhorst ...

Die Fraktion Linke/Piraten hat mit einigen Beiträgen in den Etatberatungen gezeigt, dass es leider nicht nur Populismus von rechts

gibt, leider gibt es den auch von der anderen Seite des politischen Spektrums, und das ist keine gute Entwicklung !

Sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU sieht im Etat 2017 den Schlüssel in den Themen „Personal und Organisation“, so titeln die RN die Essenz unseres Pressegesprächs zum Haushalt.

Ja, das trifft es genau. Es ist der Bereich, in dem wir noch Gestaltungsmöglichkeiten und Verbesserungspotential sehen. Wie dargestellt: Im Gegensatz zu den politischen Parametern und Einflussgrößen aus Bund und Land bestimmen wir in diesen Sektoren administrativen und politischen Handelns selbst die Regeln – weitgehend zumindest!

Ein Blick auf die Ressourcen und den Mitteleinsatz zeigt: Der Einsatz wird sich lohnen!

Der Personalkörper/die Belegschaft ist in Kernverwaltung und Eigenbetrieben in einer wieder wachsenden Stadt auf fast 12.000 Mitarbeiter weiter angewachsen. Der Aufwand für den Produktbereich „Innere Verwaltung“ ist seit 2008 (277 Mio €) auf heute (396 Mio €) erheblich gestiegen. Der sog. „steuerbare“ Personalaufwand beträgt aktuell (Kernverwaltung 396 Mio € + Eigenbetriebe 165 Mio € + 26 Mio € Pensionsrückstellungen Beamte) rd. **590 Mio €!**

Schon rein quantitativ eine Größe, die die Installierung eines Dezernats für Personal & Organisation verlangt – schon einige Beteiligungsunternehmen mit mittelständischer Struktur (1200 – 1400

MA) verfügen über Arbeitsdirektoren! Herr Stüdemann macht den Job zweifelsohne gut, seine Kapazitäten sind aber begrenzt.

Kultur, Finanzen, Liegenschaften und das immer komplexer und dynamischer werdende Thema „Beteiligungen“ – das ist fordernd genug, da sind sich ja inzwischen die meisten Fraktionen einig. Einen klaren und begründeten Zeitplan haben wir auch vorgeschlagen.

Die „Vaterschaftsklage“ für diesen generellen Gedanken und die Wieder-Installierung eines Ratsausschusses für Personal & Organisation wollen wir hier nicht wieder einreichen – sowas klärt sich schnell bei Durchforstung der Protokolle, am besten ab 2008!

Unser Personal hat einen „Kümmerer“ im VV verdient, der sich wirklich jeden Tag der Woche übers Jahr diesem Thema widmen und vor allem auch die Aspekte der organisatorischen Entwicklung voranbringen kann. Schon der „Masterplan digitale Verwaltung“ wird zeigen, wie stark die neue Arbeitswelt, die Neugestaltung, Digitalisierung und Revolutionierung der Arbeitsprozesse auch in einer Kommunal-Verwaltung qualitative und quantitative Personalentwicklung konditioniert. Zu deren Begleitung, zu deren Steuerung und kompetenter, vertrauensbildender Führung brauchen wir absehbar eine ausgewiesene, starke und überzeugende Persönlichkeit.

Dass spätestens dann eine schlagkräftige und kompetente Organisations-Truppe arbeitsfähig sein muss, dürfte unstrittig sein. In welcher Organisationsform dies dann geschieht, wird noch zu besprechen sein.

Mit der Personal-Suche und einschlägigen Gesprächen sollten wir nicht zu lange warten!

Keine Zeit lassen sollten wir uns auch mit einem überzeugenden Konzept zur zeitnahen Abarbeitung der BV-Beschlüsse und der periodengerechten Verausgabung der bereitgestellten konsumtiven und investiven Bezirks-Mittel.

Wir haben hart gerungen um die Frage der Anzahl und Bedeutung der Gremien „vor Ort“ – das Thema ist jetzt erst mal durch.

Nun muss ein Konzept her, das den Politikern in den Stadtbezirken Wertschätzung, Respekt und Rückmeldung für ihre Arbeit garantiert. Dabei sind insbesondere das Baudezernat, aber auch eine qualitätssichernde Arbeit der Bez.verwaltungsstellen-Leitungen gefragt! Gelingt dies nicht, wird es bald noch erheblich schwieriger werden, qualifiziertes und engagiertes politisches Personal in den Stadtbezirken zu gewinnen – ein sehr sensibles Projekt also!

Der von uns geforderte Plan-Ist Vergleich bei den Kanal- und Straßenbaukosten 2011 – 2015 hat den Hinweis gegeben auf Defizite bei der Abarbeitung von städtischen Maßnahmen, die direkt bei den Bürgern ankommen und: Die Ihnen wichtig sind. Die offenbar notwendige Aufstockung der personellen Ressourcen beim Tiefbau ist mittlerweile auf den Weg gebracht.

Verschiedene Themen dieses wichtigen Amtes waren auf den Tagesordnungen des RPA und dann in den Schlagzeilen. Das gibt den Hinweis, dass Probleme in Teilbereichen der Verwaltung nicht reflexartig allein durch Personal-Aufstockung lösbar sind. Unseren Antrag auf Überarbeitung der Organisation des Amtes verstehen wir nicht als Kritik an den überwiegend engagiert

arbeitenden Mitarbeitern und speziell der Führung! Eine offenbar anstehende Überarbeitung und Optimierung der Strukturen und Arbeitsabläufe hilft hingegen allen.

Themen sind u.a.:

- Die Schaffung von Strukturen, die flexibel auch auf unterjährige Beschluss-fassungen und Arbeitsmehrbedarfe reagieren können; der Verweis auf die Jahresarbeitsplanung darf kein Dogma darstellen!
- Eine gut funktionierende, IT-gestützte Projektsteuerung und die ggf. notwendige Auslagerung der Arbeit nach außen muss stärker in den Blick genommen werden!

Zum Schluss:

Uns sind die Ordnungspartnerschaften wichtig. Unsere Stadt wächst!
Und damit auch die Aufgaben!

Eine der wichtigsten und für die Bürger bedeutsamsten staatlichen und städtischen Aufgaben ist die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Wir arbeiten derzeit an einer neuen Statik und Bestandsaufnahme der Sicherheits-Architektur in Dortmund – und vor allem: An einem tragfähigen Konzept für die Zukunft, dem „Masterplan Sicherheit“.

Klar sollte schon jetzt sein: Das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl in Dortmund werden wir nicht durch Konzepte und

Papierstapel herstellen und heben können. Bei der sichtbaren Präsenz von (auch städtischen) Ordnungskräften sind uns andere Städte schon lange weit voraus. Der z.Zt. herrschende „Notbetrieb“ mit erheblichen Überstunden-Kontingenten der Mitarbeiter ist keine Werbung für diesen wichtigen Verwaltungsbereich – die gut geschulten, einsatzfreudigen und couragierten Mitarbeiter der auslaufenden Dortmunder ZAB orientieren sich neu – und zwar jetzt!

Wir sollten den Besten von ihnen jetzt Angebote machen, in einem Betrieb, der im Normal-Modus läuft, der attraktiv ist und die Präsenz von Ordnungskräften absehbar wieder in allen Stadtbezirken sicherstellt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

auch unser Etat-Beschluss heute schafft Sicherheit und Ordnung:
Planungssicherheit bei unseren Partnern in der Stadtgesellschaft und:
Die Ordnung und finanzwirtschaftliche Absicherung unseres
administrativen und politischen Handelns in Dortmund - ein guter Tag
somit!

Unser Dank gilt unserer Verwaltung für die Arbeit des zu Ende gehenden Jahres und für den Moment speziell der Kämmerei, die unsere Arbeit auch in diesem Jahr wieder in gewohnt guter Qualität und Präzision unterstützt hat.

Danke dafür!

15 Minuten können real und gefühlt sehr lang werden –
Herzlichen Dank daher auch für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld.